

19. FEBRUAR 2010 Zossen

Vor-Ort-Termin am Bahnhof Dabendorf

Der brandenburgische Verkehrs-Staatssekretär Jörg Vogelsänger besuchte am Freitag früh um 7:00 Uhr den Bahnhof Dabendorf um sich ein Bild von der Sicherheitslage der Bahnquerung am Bahnhof zu verschaffen. Insbesondere geht es um die Sicherheit des Schulweges. Er war einer Einladung des Landtagsabgeordneten Christoph Schulze gefolgt.

Seitdem die Fußgängerbrücke über die Gleise 2004 außer Betrieb genommen wurde, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen wenn Schüler der Gesamtschule und andere Bürger die Gleise überqueren. An dem Vor-Ort-Termin nahmen neben Vogelsänger und Schulze auch der Schulleiter der Geschwister-Scholl-Gesamtschule, Burkhard Sattler, Landrat Peer Giesecke, der Baubeigeordnete des Landkreises, Detlef Gärtner, Jörg Wanke und Dr. Axel Niestlé von der Bürgerinitiative Dabendorf, der Fraktionsvorsitzende der Zossener LINKEN Carsten Preuß, der Stadtverordnete Sven Baranovski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und der Kreistagsabgeordnete Thomas Czesky (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie mehrere Elternvertreter von Grund- und Gesamtschule teil. Von der Zossener Stadtverwaltung war kein Vertreter erschienen.

Ziel ist es, in einer konzertierten Aktion zwischen Stadt, Landkreis, Land, Bund und Bahn die Brücke bis zum Bau eines Fußgängertunnels wieder in Betrieb zu nehmen.

Zur weiteren Verkehrsberuhigung in der Ortsmitte Dabendorf hatten Fraktionen DIE LINKE, SPD und VUB im November 2009 in der SVV einen Beschlussantrag eingebracht, mit dem die Verwaltung mehrere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Dabendorf prüfen sollte. Dieser Prüfauftrag wurde jedoch von den Fraktionen Plan B, CDU und FDP abgelehnt.

Dabei ging es um einen weiteren Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) an der Einmündung Brandenburger Straße / Goethestraße. Gleichzeitig sollte die Verwaltung prüfen, ob der Verkehr in der Goethestraße, Brandenburger Straße und Glienicker Straße für Fahrzeuge aller Art auf 30 km/h reduziert werden kann. Ebenfalls vorgeschlagen war ein Parkverbot bzw. eine Modifizierung des Parkverbotes in der Triftstraße, Rangsdorfer Straße und deren Seitenstraßen um den dortigen PKW-Verkehr zu reduzieren und so die Gefährdung für die Schüler zu vermindern. Stärker genutzt werden sollte der Parkplatz vor der Mehrzweckhalle. Vorgeschlagen war auch die Prüfung der Sperrung der Goethestraße für LKW mit mehr als 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht.

CP